

Demokratie und Medien in funktional differenzierten Gesellschaften: Theorienmix, Kontingenzen und Beobachtungsebenen¹

Anna M. Theis-Berglmair

Keynote Speech beim Mediensymposium Luzern 09.12.-11.12.2004
„Demokratie in der Mediengesellschaft“

Im Titel dieses Mediensymposiums „Demokratie in der Mediengesellschaft“ finden sich zwei Begriffe, die in ihrer Kombination auf den ersten Blick unproblematisch erscheinen, die aber völlig unterschiedlichen Theorietraditionen entnommen sind:

- der politischen Theorie einerseits, einschließlich der verschiedenen demokratietheoretischen Traditionen und
- der Theorie der funktionalen Differenzierung, mit deren Hilfe man die Herausbildung eines eigenständigen Funktionssystems der „Massenmedien“ beschreiben kann (neben den häufig genannten Funktionssystemen Recht, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft). Die Rede von der „Mediengesellschaft“ unterstützt mehr oder weniger deutlich diese Vorstellung eines eigenständigen Systems mit seinen speziellen Selektions-, Interpretations- und Darstellungslogiken, obwohl dieser etwas schillernde Begriff keineswegs immer mit entsprechenden theoretischen Überlegungen einhergeht.

So gesehen dürfte man die aus unterschiedlichen Theoriekonstruktionen stammenden Begriffe gar nicht in einem Atemzug geschweige denn in einer Überschrift verwenden. Wenn ich es hier trotzdem tue, spitze ich das Thema dieses Symposiums bewusst zu, um darzulegen, dass das Zusammenbringen von Begriffen aus verschiedenen Theoriekonstruktionen sich als problematisch erweist, vor allem dann, wenn die unterschiedlichen Beobachtungs- und Beschreibungsebenen nicht in Erwägung gezogen werden. Die Verbindung der Begriffe „Demokratie“ und „Mediengesellschaft“ suggeriert, dass Medien bzw. die Funktionsweisen der Massenmedien (Aktualitätsdruck, Selektionskriterien, Eigenlogik u.ä.m.) etwas mit der Ausprägung bzw. Veränderung von Demokratien zu tun haben. Diesem Zusammenhang widmet sich eine ganze Forschungstradition unter dem Begriff der politischen Kommunikation². Gemeinsames Merkmal dieser Arbeiten ist, dass sie einen Einfluss der Medien und ihrer Berichterstattung auf die Politik, Demokratie und das Wählerverhalten vermuten und sie diesen Zusammenhang empirisch zu überprüfen trachten. Die Forschungsfragen scheinen dabei im Zeitablauf immer spezifischer zu werden: Wie verändern sich Kampagnen? Kommt es zu einer Personalisierung? Wenn ja, welchen Effekt haben die verschiedenen (Personalisierungs-)Strategien auf die Wahlentscheidungen der Rezipienten?

Einerseits ist durchaus verständlich, dass Kommunikationswissenschaftler sich verstärkt dem Inhaltsaspekt der Botschaften und dem Mitteilungsverhalten der beteiligten Akteure widmen. Andererseits ist es aus theoretischer Warte nicht gleichgültig, mit welchen Begriffen

¹ Dieser Beitrag erschien nicht im Tagungsband.

² Siehe dazu exemplarisch Holtz-Bacha 1999; 2003; Jarren/Donges 2002; Brettschneider 2002; Esser/Pfetsch 2003; Maurer/Reinemann 2003, Schulz 2004.

wir dabei operieren und in welchen Zusammenhang wir diese bringen³. Zwar wird das Begriffspaar „Medien und Demokratie“ nicht immer explizit mit der Vorstellung moderner, funktional differenzierter Gesellschaften verbunden, gleichwohl wird dem Mediensystem aber zumindest eine gewisse „Eigenlogik“ zugestanden, selbst wenn man nicht so weit gehen möchte, neueren systemtheoretischen Ansätzen in diesem Punkt zu folgen. Warum die Rückbindung der verwendeten Begriffe an theoretische Grundlagen auch für den Themenbereich der politischen Kommunikation von zentraler Bedeutung ist, möchte ich im Folgenden darlegen.

1. Der Stellenwert des politischen Systems innerhalb der Theorie funktionaler Differenzierung

Die Theorie der funktionalen Differenzierung geht von einer *prinzipiellen Gleichstellung gesellschaftlicher Funktionssysteme* aus, nicht von einer hierarchischen Ordnung dieser Systeme. Das ist eine äußerst wichtige Feststellung, weil sich daraus keine Begründung für eine Sonderstellung eines oder mehrerer Funktionssysteme ableiten lässt, weder für eine des politischen, noch für eine des Medien- oder eines sonstigen Systems. Der Hinweis auf demokratische Grundlagen des politischen Systems führt nicht zwangsläufig zu einer Sonderstellung: Der König/Kaiser/Herrscher/ wird nicht durch ein System ersetzt.

Diese Grundaussage wird in der einschlägigen Literatur nicht immer bedacht. So schreiben bspw. Gerhards/Neidhardt (1991) dem politischen System eine hierarchisch übergeordnete Position zu. Sie begründen das mit der *doppelten Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems*: als Problemadressat für die von den Teilsystemen ungelösten Probleme und als übergeordneter Problemlösungsakteur, wobei sich die Lösungskompetenz durch das besondere Zugriffsrecht auf andere Teilsysteme ergäbe (Gerhards/Neidhardt 1991: 38). Eine derartige Konstruktion erweist sich als gut vereinbar mit demokratiethoretisch basierten Vorstellungen: Bürger übertragen – für eine bestimmte Zeit - die Entscheidungsrechte auf Abgeordnete (als Repräsentanten des für Lösungen zuständigen politischen Systems), in der (demokratiethoretisch begründeten) Hoffnung, dass sie ihre Angelegenheiten auf diese Weise entsprechend repräsentiert finden und es ihnen daher leicht fällt, sich den Gesetzen zu unterwerfen. „Gemeinwohl“ zielt denn auch häufig die Umschreibung, sprich: Begründung getroffener politischer Entscheidungen.

Demokratiethoretische Entwürfe stützen geradezu die propagierte Sonderrolle der Politik – jenseits der Eigenlogik des politischen Systems. Probleme des Reüssierens von politischen Parteien (z.B. nicht genügend Wählerstimmen) erscheinen dann ausschließlich Vermittlungsprobleme zu sein. „Wir haben unsere Ziele, Inhalte, Themen den Wählern/den Bürgern nicht hinreichend vermittelt“ lautet dann häufig die Erklärung von Politikern für fehlende Akzeptanz bei den Wählern. Unter systemtheoretischer Perspektive und der häufig konstatierten Eigenlogik dieser Systeme wäre es allerdings konsequenter, von „Wählern“ zu sprechen. Denn für das politische System ist der Bürger in erster Linie als *Wähler* interessant,

³ Jarren, Sarcinelli und Saxer betiteln ihre 1998 erschienene Publikation mit „Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft“.

während traditionelle Demokratiemodelle sozusagen den *Gesamtbürger* vor Augen haben. Politische Akteure (Parteien, Parteirepräsentanten) lassen aber durchaus diesen Gesamtbürger in ihre Selbstbeschreibungen einfließen. Parteien haben ihren eigenen Angaben zufolge das „Wohl der Bürger“ vor Augen⁴.

Solche Beschreibungen bilden auch den Bezugspunkt normativ orientierter Demokratiemodelle; diese Modelle reflektieren indessen nicht, dass es sich hierbei um *Selbstbeschreibungen* eines (politischen) Systems handelt. Im Rahmen dieser (nicht-reflektierten) Selbstbeschreibungen lassen sich Entwicklungen und Traditionen von Demokratieformen darstellen oder auch Vergleiche von Anspruch und Wirklichkeit anstellen. Derartigen Aufgaben widmen sich Journalisten und Wissenschaftler gleichermaßen. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob wir uns als Wissenschaftler damit begnügen sollen, zumal wir mittlerweile über Theorieentwürfe verfügen, die mit verschiedenen Beobachtungsebenen arbeiten und von daher in der Lage sind, derartige Selbstbeschreibungen als Selbstbeschreibung zu erkennen und in dieser Eigenschaft auch zu reflektieren⁵.

Demokratisch geprägte Selbstbeschreibungen politischer Systeme – die nicht als solche erkannt werden – führen fast zwangsläufig zu Theoriekonstruktionen (die ja auch nichts anderes sind als Beschreibungen, wissenschaftliche in diesem Fall), die der Politik eine *Sonderstellung* einräumen. Diese Sonderstellung, die in der Selbstdarstellung des politischen Systems von diversen Akteuren gerne aufgegriffen wird, erweist sich nicht nur theoretisch als problematisch, sondern auch als praktisch äußerst folgenreich. Vor allem führt sie zu einer *Überforderung des politischen Systems* in Bezug auf dessen Lösungsfähigkeit gesellschaftlicher Probleme. Lassen sich mich das am Beispiel der demographischen Entwicklung darlegen.

Die Tatsache etwa, dass die Konsequenzen der demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (aber auch vielen anderen Ländern) lange kein politisches Thema waren bzw. ein bis heute ungelöstes Problem darstellen, obwohl genau diese Sachverhalte seit Jahrzehnten von der Wissenschaft aufgezeigt und in Form von Politikberatung auch den Repräsentanten des politischen Systems vermittelt wurden, kann – je nach theoretischer Ausgangslage – unterschiedlich interpretiert werden:

- als *Folgeproblem einer funktionalen Differenzierung*, die politische Akteure dazu veranlasst, Themen auf ihre Machtrelevanz hin zu überprüfen und die nicht machtvorsprechenden auszusortieren. Die Auswahl von Themen steht schließlich am Anfang einer jeden Wahlkampagne. Offenbar konnte man mit dem Thema „demographische Entwicklung“ in der Vergangenheit keine Wahl gewinnen (oder glaubte das zumindest). Diese Art von Themenselektion und Nicht-Problembearbeitung könnten dann den politischen

⁴ Es gibt auch politische Systeme, bei denen das Wohl der Partei im erklärten Interesse steht und es gibt auch in den sich als demokratisch beschreibenden Gesellschaften Fälle, in denen Entscheidungen zum Wohl der Partei gefällt werden und dies auch nach außen so dargestellt wird. Eine empirische Analyse der öffentlichen Begründungen politischer Entscheidungen wäre diesbezüglich spannend.

⁵ Dieser Punkt hat auf dem Symposium zu später Stunde noch Diskussionen evoziert, die das Verhältnis von analytischen zu normativen Theorien betreffen. Letztlich geht es darum, welche Fragen die verschiedenen Theorien ermöglichen.

Akteuren nicht zur Last gelegt werden, vielmehr wäre sie im wahrsten Sinne des Wortes theorie- bzw. systemimmanent. Wissenschaftliche Aussagen wirken nicht gleichsinnig im politischen System weiter (das gilt für jede Form der Beratung). Die Demographiethese selbst erfuhr im Laufe der Jahre verschiedentlich zwar eine Politisierung (d.h. sie wurde politisch instrumentalisiert), auf der Sachebene gelöst ist das Thema bis heute nicht.

- Sofern man aber an der Selbstbeschreibung von *Politik als einer zentralen Instanz* zur Lösung gesellschaftlicher Probleme festgehalten wird, bleiben an die Politik gerichtet der Vorwurf der Heuchelei (man tut, als ob) oder der Selbsttäuschung (man glaubt, man könnte).
- Geht man etwa, wie Gerhards & Neidhardt (1991) das tun, von einer *doppelten Sonderrolle des politischen Systems* aus, stehen nicht mehr Heuchelei und Selbsttäuschung zur Debatte, sondern *Unfähigkeit*: Denn dann stellt sich die Frage, warum das System der Politik in der Vergangenheit doppelt unfähig war: unfähig, das Problem als solches zu erkennen, oder, wenn es erkannt wurde, unfähig, es trotz seiner Sonderrolle und seiner propagierten Problemlösungskompetenz zu lösen.

2. Politische Kommunikation und die Kontingenz von Entscheidungen

Zumindest aus systemtheoretischer Warte betrachtet müssen wir uns von Vorstellung einer Sonderrolle der Politik verabschieden. Mit dem Prinzip der funktionalen Differenzierung und dem Verlust einer zentralen Steuerungsinanz hat sich ein weiteres Prinzip durchgesetzt, die Umstellung auf die Beobachtung zweiter Ordnung. Da in modernen Gesellschaften die einzelnen Funktionssysteme jeweils spezifische Sichtweisen entwickeln und eine übergeordnete Problemlösungsinstanz nicht auszumachen ist, bleibt nur der Weg über die wechselseitige Beobachtung. Hinzu kommt, dass die funktional orientierten, hochkomplexen Systeme nicht völlig zu kontrollieren sind und Prozesse in der Umwelt meist anders als im System verlaufen. Neuere Systemkonzeptionen nehmen Abschied „von den Vorstellung, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang gibt zwischen den Entscheidungen eines Systems und bestimmten Umweltreaktionen, auch wenn die Zuschreibungen der beteiligten Akteure oft Anderes suggerieren“ (Theis-Berglmair 2005). Die Komplexität der Zusammenhänge macht eine „objektive“ Feststellung von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen kaum möglich. Umso stärker sind (politische und andere) Akteure darum bemüht, „Handlungszuschreibungen vorzunehmen und möglichst solche durchzusetzen, die sie selbst in ein günstiges Licht rücken“ (Ebd.). Gerade im Zusammenhang mit den derzeitigen Arbeitsmarktproblemen wird von Politikern gerne darauf verwiesen, dass die Politik selbst keine Arbeitsplätze schaffen kann, sondern lediglich die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen vermag. Solche Argumente werden beispielsweise vor dem Hintergrund der Beobachtung bemüht, dass einerseits die Gewinne von Wirtschaftsunternehmen steigen, dass sich diese Steigerung andererseits aber nicht auf dem (nationalen) Arbeitsmarkt in Form von offenen Stellen bemerkbar macht. Auch die im Frühjahr 2005 in den Massenmedien verstärkt aufgegriffene Diskussion um Unternehmensgewinne und Managergehälter bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit folgt diesem Muster. Diese zeitgleichen Entwicklungen werden von politischen Akteuren (und Journalisten) beobachtet und aufgegriffen, um auf die *Kontingenz dieser Entscheidungen*

gen zu verweisen: Die angesprochenen Wirtschaftsunternehmen hätten auch anders handeln können. Im Gegenzug dazu sind die Unternehmen darum bemüht, die getroffene Entscheidung als unausweichlich und unvermeidbar zu deklarieren, weil ihnen der globale (Finanz-)Markt keine andere Wahl lassen würde oder weil bestimmte Renditen auf dem Weltmarkt eben „Standard“ seien. Entscheidungen, die kontingent sind, d.h. die auch anders ausfallen könnten, verlangen jedenfalls nach Begründungen, denn in den meisten Fällen handelt es sich um prinzipiell unentscheidbare Fragen⁶. Um eine kontingente Entscheidung handelt es sich auch bei den im Frühjahr 2005 thematisierten Fällen derjenigen gesetzlichen Krankenkassen, die trotz nachweislich gesteigerter Gewinne diese nicht unmittelbar zur Reduzierung des Krankenkassenbeitrags heranzogen (wie von der Politik erwartet), statt dessen die Gehälter ihrer Geschäftsführer erhöhten. Die mediale Berichterstattung darüber zeigt, dass diese Entscheidung als in höchstem Maße kontingent, und damit als begründungsbedürftig angesehen wurde.

Diese Beispiele zeigen: Nicht nur die Entscheidungen der Politik erweisen sich als kontingent; politische Akteure müssen immer häufiger die Beobachtung machen, dass die von ihnen getroffenen Entscheidungen in anderen Funktionssystemen und den sich an ihnen orientierenden Organisationen nicht gleichsinnig (d.h. in dem von der Politik gemeinten Sinne) umgesetzt, sondern nach je eigenen (System-)Erfordernissen behandelt bzw. verarbeitet werden. Die Selbstbeschreibung als Demokratie mag zwar dazu dienen, die getroffenen politischen Entscheidungen zu legitimieren (und trägt auf diese Weise zur Reduktion von Kontingenz im politischen System bei). Diese Form der Begründung kann aber nicht zwingend anderen Organisationen (z.B. Wirtschaftsunternehmen) im Hinblick auf deren Entscheidungen auferlegt werden, auch wenn Repräsentanten der Politik dies zuweilen versuchen⁷. Vor allem taugt diese (normative) Beschreibung nicht zur Ableitung einer Sonderrolle der Politik, die sich auf deren Problemerkennungs- und -lösungskompetenz bezieht⁸. Stattdessen wird die Eigendynamik von Funktionssystemen zu einer immer unausweichlicheren Erkenntnis⁹ und für Organisationen jedweder Couleur (politische Parteien, Wirtschaftsunternehmen, Universitäten, etc.) zu einer Herausforderung der besonderen Art (vgl. Theis-Berglmair 2005a).

3. Die Rolle der Massenmedien

Massenmedien tragen durch ihre Berichterstattung dazu bei, die Kontingenz von Entscheidungen in diversen gesellschaftlichen Bereichen aufzuzeigen. Sie beobachten, quasi auf der zweiten Ebene der Beobachtung, die Politik und deren Selektionskriterien und berichten darüber. Mitunter nehmen sie dabei auch auf die Selbstbeschreibung des politischen Systems oder auf propagierte politische Zielsetzungen Bezug und kontrastieren diese mit den

⁶ Andersen (2003) macht darauf aufmerksam, dass rationale Entscheidungen, also Entscheidungen, die durch logische Schlussfolgerungen getroffen werden, eigentlich gar keine Entscheidung sind.

⁷ Zum Beispiel in Form von Appellen an „vaterlandslose Gesellen“, sprich: Unternehmen, die sich trotz hoher Gewinne zusehends aus Deutschland zurückziehen.

⁸ Andere Sonderrechte, wie bspw. das staatliche Gewaltmonopol, bleiben davon unberührt.

⁹ Möglicherweise wird diese Eigendynamik durch Globalisierungsprozesse auch deutlicher sichtbar und für die Betroffenen spürbarer als vormals.

getroffenen Entscheidungen und deren Konsequenzen (z.B. Propagieren von „Gerechtigkeit“ und Vergleich mit Beispielen, die diesen Idealen nicht entsprechen). In vielen Fällen geht es um die Darstellung von Konsequenzen und Widersprüchen, die sich aus der Eigenlogik von Systemen ergeben, die aber für den (Wahl-)Bürger in seinem Alltag spürbar und von diesem gelöst oder ausgehalten werden müssen. Auf diese Problematik, nämlich die Tatsache, dass die Konsequenzen funktionaler Differenzierung auf individueller Ebene zu verarbeiten und zu bewältigen sind – Funktionssysteme beschäftigen sich mit Problemen immer nur unter bestimmten Aspekten, nicht ganzheitlich – haben Soziologen bereits seit längerem verwiesen: Habermas (1981) etwa beschreibt den Gegensatz von System und Lebenswelt, Beck (1986) analysiert die Individualisierung von Risiken und Problemlagen.

Aus dieser Situation heraus erwächst eine ganze Begründungsindustrie, sichtbar an dem steigenden Anteil an Public Relations und kommunikationspolitischen Maßnahmen: Kontingente Entscheidungen bedürfen einer Legitimation, die von Massenmedien bzw. deren Repräsentanten konstant eingefordert werden, sei es aus staatsbürgerlichem Engagement, aufklärerischem Impetus, aus publizistischen Erwägungen (aufmerksamkeitserregende Schlagzeile) oder aus sonstigen Gründen.

Durch ihre Beobachtung der verschiedenen gesellschaftlichen Funktionssysteme schärfen Massenmedien den Blick für die unterschiedlichen Selektionskriterien, da sie als Beobachter auf der zweiten Ebene in der Lage sind, die Kriterien, die der Beobachter auf der ersten Ebene heranzieht, zu erkennen. Im Falle der Beobachtung der Politik via Massenmedien durch Rezipienten handelt es sich sogar um Beobachtungen auf der 3. Ebene.

Das Thema wird zwar im Forschungsgebiet politische Kommunikation aufgegriffen, jedoch mit der Tendenz, Rezipienten in ihrer Rolle als *Beeinflusste*, nicht als *Beobachter* zu thematisieren. Denn *Massenmedien selbst befinden sich ebenfalls unter Beobachtung*, sowohl seitens der Makroakteure (Organisationen) als auch seitens der „Rezipienten“. Als Beobachter sind beide in der Lage, die Selektionskriterien der Medien zu erkennen und deren Berichterstattung als kontingent zu begreifen, als auch anders möglich. Auf der Seite der Makroakteure geht dieses Begreifen von Kontingenz mit verstärkten Kommunikationsaktivitäten (z.B. PR) einher mit dem Ziel der Kontingenzreduktion¹⁰, auf Seiten der Rezipienten offenbar mit grundlegenden Zweifeln an der massenmedialen Berichterstattung. Darauf deuten zumindest die Ergebnisse der Langzeitstudie von Berg/Kiefer (1996: 252) hin, die ein sinkendes Vertrauen der Rezipienten in die „Objektivität“ und die „Glaubwürdigkeit“ von Massenmedien signalisieren¹¹.

¹⁰ Zu den Strategien des Kontingenzmanagements siehe Theis 1992.

¹¹ Die Süddeutsche Zeitung vom 4./5.12.2004 berichtet von einer Erschütterung des Vertrauens in die BBC durch eine neue Falschmeldung, wonach angeblich ein Sprecher von *Dow Chemical* gegenüber *BBC World* erstmals im Namen der Firma die volle Verantwortung für das Unglück im indischen Bhopal 1984 übernommen habe. Das erwies sich als Falschmeldung.

Tab. 1: Vertrauen in die Berichterstattung der Massenmedien im Zeitablauf

	Zustimmung der deutschen Bevölkerung „.... berichtet wahrheitsgetreu und gibt die Dinge immer so wieder, wie sie wirklich sind“ (Angaben in %)		
	Fernsehen	Hörfunk	Zeitung
1964	47	45	32
1970	56	47	23
1974	43	38	22
1980	41	32	21
1985	27	25	18
1990	28	24	19
1995	20	19	20

Quelle: Berg, K./Kiefer, M.-L. (1996: 252)

Anmerkung: Die Frage wurde in der Erhebung im Jahr 2000 nicht mehr in dieser Form gestellt, was eine Vergleichbarkeit für die Zukunft (leider) nicht mehr ermöglicht. Stattdessen wird Glaubwürdigkeit nur mehr im Kontext mit „Image“ und als relationale Größe erhoben (Berg/Ridder 2002).

Spätestens dort, wo Rezipienten in der Lage sind, die Beobachtungen der Medien mit ihren eigenen Beobachtungen zu vergleichen, z.B. bei einer selbst erlebten Sportveranstaltung und der Berichterstattung über diese Veranstaltung in den Medien, werden sie sich des auch anders möglich Seienden der Berichterstattung bewusst. Und selbst dort, wo solche Vergleiche aufgrund fehlender Primärerfahrung nicht möglich sind, stellt sich mit zunehmender Medienerfahrung ein Erkennen der Selektionskriterien ein, die der Berichterstattung zugrunde liegt. Kommentare wie „Die übertreiben doch immer“, „Die sind in erster Linie an Auflage interessiert“ spiegeln Resultate der Beobachtung medialer Berichterstattung durch die Rezipienten wider.

Das duale Rundfunksystem mit seinem reichhaltigen Angebot an Unterhaltung hat möglicherweise unsere Erfahrung gestärkt, dass Wirklichkeit(en) inszeniert werden können. Die neuen technischen Möglichkeiten der Kommunikation machen den Inszenierungscharakter nochmals deutlicher. Allein die Erkenntnis, dass auch Anderes zur Berichterstattung hätte ausgewählt werden können (=Informationsaspekt), dass auch die Art der Mitteilung anders hätte ausfallen können (=Mitteilungsaspekt), stellt die erfolgten Selektionen unter Manipulationsverdacht, der bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger stark ausgeprägt sein mag: „Natürlich soll nicht behauptet werden, dass jeder Teilnehmer an der Kommunikation durch Massenmedien reflektiert, dass er es so erlebt. Aber es handelt sich auch nicht um ein Reservat für die ‚gebildeten Schichten‘ (oder für Kommunikationswissenschaftler, ATB). Jede empirische Untersuchung wird grade dieser Doppelbödigkeit des Wissens feststellen und die am einfachsten zugängliche Irritation mag die Form des Misstrauens annehmen“ (Luhmann 1996: 152).

Die Zunahme der Zeit, die mit Medienkonsum jeglicher Art verbracht wird, kann auch als Indiz für das Erlernen der Zuschauer-, sprich Beobachterrolle gewertet werden. Die Beobachterhaltung (d.h. Beobachtung auf der 2. Ebene) wird damit zu einer charakteristischen Haltung in funktional differenzierten Gesellschaften. Massenmedien versetzen, wie Luhmann (1997: 1100) es ausdrückt, in „die Position des unbeteiligt-beteiligten Zuschauers“. Damit sind die Beobachter gleichzeitig dem Irritationspotenzial der Massenmedien ausgesetzt. Medien beseitigen Unsicherheiten dabei nur vorübergehend, denn mit jeder weiteren Mitteilung werden wieder neue Unsicherheiten hervorgebracht. In dieses Bild passt, dass neben nicht nur Massenmedien im Zeitablauf einen Vertrauensverlust konstatieren, sondern auch andere etablierte Institutionen davon betroffen sind. Dieser europaweit zu konstatierende Vertrauensverlust betrifft besonders die politischen Parteien, wie eine Befragung von Gymnasiasten in der EU belegt¹².

Neben der oben geforderten Verabschiedung von der Sonderrolle der Politik müsste auf diesem Symposium daher auch der Zusammenhang zwischen dem gesunkenen Vertrauen in die Medien einerseits und dem Einflusspotenzial der Medien auf die Wahrnehmung von Politik andererseits diskutiert werden. M.a.W., wenn Rezipienten der Berichterstattung der Medien im Zeitablauf weniger vertrauen, wie ist es dann möglich, dass wir der Medienberichterstattung einen so großen Einfluss auf die Wahrnehmung von Politik zuzubilligen bereit sind? Die Berücksichtigung der Beobachterrolle und der Umstellung auf Beobachtungen der zweiten (und dritten) Ebene in modernen Gesellschaften könnte neue Fragestellungen der politischen Kommunikation aufwerfen und Versuche inspirieren, bereits existierende empirische Ergebnisse vor einem anderen Hintergrund zu interpretieren. Sie könnte uns auch von der Versuchung befreien, anstelle der Politik nun den Medien eine Sonderrolle zuzuschreiben.

Literatur

- Andersen, N. A. (2003): The Undecidability of Decisions: In: Hernes, T./Bakken, T. (eds.): *Autopoietic Organization Theory: Drawing on Niklas Luhmann's Social Systems Perspective*, Oslo: Abstract Liber Copenhagen Business Scholl Press, S. 235-258.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft*. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Berg, Klaus/Kiefer, Marie-Louise (1996): *Massenkommunikation V*, Baden-Baden: Nomos.
- Berg, Klaus/Kiefer, Marie-Louise (2002): *Massenkommunikation VI*. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964-2000, Baden-Baden: Nomos.
- Bohrmann, Hans/Jarren, Otfried/Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef (Hrsg.) (2000): *Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien*. Theoretisch-methodische Implikationen längerfristiger Analysen, Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Brettschneider, Frank (2002): *Spitzenkandidaten und Wahlerfolg*. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden: Westdt. Verlag.

¹² www.uni-wuerzburg.de/intern/w041124b.html. Die Studie wurde von Hans-Georg Ziebertz geleitet.

- Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (2003): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich*. Grundlagen, Perspektiven, Anwendungen, Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Gerhards, Neidhardt (1991): Strukturen und Funktion moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze. In: Müller-Dohm, Stefan & Neumann-Braun, Klaus (Hrsg.): *Öffentlichkeit – Kultur – Massenkommunikation*. Beiträge zur Medien- und Kultursoziologie, Oldenburg: bis (Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, S. 31-89.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bde., Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.) (1999): *Wahlkampf in den Medien – Wahlkampf mit den Medien*. Ein Reader zum Wahljahr 1998, Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.) (2003): *Die Massenmedien im Wahlkampf*. Die Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Maurer, Marcus/Reinmann, Carsten (2003): *Schröder gegen Stoiber*. Nutzung, Wahrnehmung und Wirkung der TV-Duelle, Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.) (1998): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. Ein Handbuch mit Lexikonteil, Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2002): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft*. Band 1: Eine Einführung, Bd. 2: Akteure, Prozesse und Inhalte, Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Luhmann Niklas ([1995] 1996²): *Die Realität der Massenmedien*, Opladen: Westdt. Verlag.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schulz, Winfried ([1997] 2004²): *Politische Kommunikation*. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien. Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Theis, Anna M. (1992) : Inter-Organisations-Beziehungen im Mediensystem. Public Relations aus organisationssoziologischer Perspektive. In: *Publizistik*, Jg. 37, S. 25-36.
- Theis-Berglmair, Anna M. (2005): Public Relations aus organisationssoziologischer Perspektive. In: Bentele, Günter/Szyszka, Peter/Fröhlich, Romy (2005): *Handbuch Öffentlichkeitsarbeit*. Wiesbaden. Wiesbaden: VS (im Druck).
- Theis-Berglmair, Anna M. (2005a): *The Role of Organizations in the Modern Society: An Outlook from the Perspective of Systems Theory*. Paper presented to the 55th Annual Conference of the International Communication Association (ICA) "Communication, Questioning the Dialogue", New York, 26-30 May 2005.